



**CDU-FRAKTION  
LANDSCHAFTSVERSAMMLUNG  
RHEINLAND**



Die SPD-Fraktion in der  
Landschaftsversammlung  
Rheinland

## Antrag Nr. 14/307

**öffentlich**

**Datum:** 11.10.2019  
**Antragsteller:** SPD, CDU

<b>Landesjugendhilfeausschuss</b>	<b>07.11.2019</b>	<b>empfehlender Beschluss</b>
<b>Finanz- und Wirtschaftsausschuss</b>	<b>03.12.2019</b>	<b>empfehlender Beschluss</b>
<b>Landschaftsausschuss</b>	<b>09.12.2019</b>	<b>empfehlender Beschluss</b>
<b>Landschaftsversammlung</b>	<b>16.12.2019</b>	<b>Beschluss</b>

### Tagesordnungspunkt:

**Fonds Heimerziehung; Haushalt 2020/2021**

### Beschlussvorschlag:

1.  
Der Landschaftsverband Rheinland stellt für rheinische Selbsthilfeprojekte ehemaliger Heimkinder und Menschen, die in Psychiatrie und Behindertenhilfe in der Zeit von 1949 bis 1975 Unrecht und Leid erfahren haben, Mittel in Höhe von insgesamt 600.000 Euro zur Verfügung. Diese werden in den Jahren 2020, 2021 und 2022 jährlich in gleicher Höhe verausgabt.
2.  
Die Haushaltsmittel werden zunächst aus den zu erwartenden Rückflüssen aus dem Fondsvermögen des „Fonds Heimerziehung West“ zur Verfügung gestellt und bleiben damit dem ursprünglichen Verwendungszweck, nämlich der Verbesserung der Situation ehemaliger Heimkinder, erhalten.
3.  
Die Verwaltung wird gebeten, entsprechende Förderrichtlinien zu erarbeiten, die der Vertretung zur Beschlussfassung vorgelegt werden.

### Begründung:

Der LVR sieht sich in der Verantwortung für die Menschen, die im Rheinland in Heimen der Jugend- und Behindertenhilfe und in Psychiatrien leben mussten. Das in der Kindheit und Jugend

erfahrene Leid und Unrecht hat oft Auswirkungen auf das ganze Leben der Betroffenen. Die häufigsten Folgen sind soziale Unsicherheiten, Bildungsferne bis hin zum Analphabetismus, ausgeprägte Ängste, Armut, Einsamkeit und sehr oft Sucht.

Viele der Betroffenen haben schwere Straftaten gegen ihre Person im Rahmen ihres Heimaufenthaltes erlitten. Neben sexuellen Straftaten gehört dazu das Erleben von roher Gewalt. Diese Menschen fühlen sich oft das ganze Leben als Opfer, viele haben sich nicht überwinden können, eine Therapie zu beginnen.

Nachdem eine große Zahl der von diesem Unrecht Betroffenen über lange Jahre versuchten, alleine ihr Schicksal zu meistern, ändert sich langsam diese Haltung. Einige Gruppen im Rheinland haben sich schon in Selbsthilfe gebildet, eine sogar als Verein organisiert und einem Dachverband angeschlossen. Im Rahmen dieser Gruppen tauschen sich die Betroffenen über ihre Erfahrungen aus, informieren über ihr Schicksal und arbeiten so ganz bewusst daran, dass sich Vorgänge wie damals niemals wiederholen. Sie treffen sich regelmäßig, unterstützen sich in schwierigen Angelegenheiten oder organisieren gemeinsame Unternehmungen. Diese Menschen wollen aus der Opferhaltung heraustreten und aktiv ihre Zukunft gestalten. Dazu gehört auch, dass sie in einer Form der Selbsthilfe versuchen, sich gegenseitig vorhandene Ängste zu gestehen und gegenseitig Bewältigungsstrategien auszutauschen.

Der LVR unterstützt diese Initiativen und möchte in Zukunft auch finanziell zum Gelingen entsprechender Projekte beitragen. Diese Projekte können sich auf alle Dinge beziehen, die geeignet sind, die Arbeit der Selbsthilfeorganisation zu unterstützen bzw. zu ermöglichen.

Es ist deshalb beabsichtigt, hierfür Mittel bereit zu stellen. In den Haushalt sollen dafür für die Jahre 2020, 2021 und 2022 je 200.000 € eingestellt werden, also gesamt 600.000 €. Die Beträge werden auf Antrag hin projektbezogen bewilligt.

Frank Boss MdL

Thomas Böll